

Gesetz über das Staatspersonal: Die Änderungen der parlamentarischen Kommission am Entwurf des Staatsrats gehen in die richtige Richtung.

Verwarnungen können angefochten werden und das Recht auf Wiedereingliederung bleibt bestehen. Das ist die Krönung der intensiven Arbeit der FEDE bei den Abgeordneten des Grossen Rates. Alle Parteien haben die Änderungsvorschläge unserer Dachorganisation einstimmig unterstützt. Wir hoffen, dass der Grosse Rat die Anpassungen der Kommission gutheisst.

Der Schlussentwurf der Kommission wurde mit zehn Ja-Stimmen, null Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Dieses Ergebnis ist ein Beweis für das Vertrauen des Parlaments gegenüber der FEDE. Wie schon beim Pensionskassendossier hat das Parlament die Positionen der FEDE grösstenteils unterstützt.

Die Kommission übernimmt das Dispositiv der FEDE nicht eins zu eins, lässt aber vieles davon einfließen. Zur Erinnerung – die FEDE hatte die Einsetzung einer paritätischen Kommission vorgeschlagen, die missbräuchliche oder mangelhaft begründete Verwarnungen überprüfen soll. Die Kommissionsmitglieder sind dem zwar nicht gefolgt, haben jedoch einer Wiedererwägung von Verwarnungen durch den Arbeitgeber zugestimmt. Der Schutz des Personals wurde damit im Vergleich zum Entwurf des Staatsrats verbessert.

Doch man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Erst muss noch der Grosse Rat von den Vorschlägen überzeugt werden. Wir sind zuversichtlich, dass die Abgeordneten die Vorschläge der Kommission unterstützen werden, wie es auch beim Entwurf für die Pensionskasse der Fall war, bei dem sich die FEDE mangels besserer Alternativen für das Personal zur Unterstützung gezwungen sah.

Die guten Ergebnisse, die beim Grossen Rat erzielt wurden, sind die Krönung der beharrlichen Arbeit, die unsere Vertreter seit vielen Jahren leisten. Für dieses Dossier traf sich die FEDE mit allen parlamentarischen Gruppen, um diese für ihre Vorschläge zu sensibilisieren und ihnen zudem den Nutzen der Unterstützung der Dachorganisation aufzuzeigen. Die FEDE hat sich nämlich als verlässliche Partnerin erwiesen, als initiative Kraft für Vorschläge, die eine Lösungsfindung ermöglichen. Die FEDE lag richtig damit, auf die Unterstützung der Abgeordneten zu zählen, und die Abgeordneten damit, der FEDE zu vertrauen.

In einem solchen Kontext ist es überhaupt nicht sinnvoll, Druck auf Parlamentarierinnen und Parlamentarier auszuüben, die uns unterstützen. Aus diesem Grund lehnte der FEDE-Vorstand den Vorschlag einer lokalen Gewerkschaft ab, die eine Protestkundgebung für den 17. Juni organisieren wollte. In Freiburg siegt der gesunde Menschenverstand über den Extremismus.